

## ***Nach dem 3. Jahrestag des rechten Terroranschlags in Hanau - Auf das Erinnern müssen politische Konsequenzen folgen!***

Am 19.2.2023 jährt sich zum dritten Mal der Anschlag von Hanau bei dem neun junge Menschen aus rassistischen Gründen ermordet wurden. Der Schock sitzt weiterhin tief: Wir trauern um Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Vili Viorel Păun, Gökhan Gültekin, Mercedes Kierpacz, Ferhat Unvar, Said Nesar Hashemi und Hamza Kurtović.

#SayTheirNames

Dass erneut so vielfältig an diesem 3. Jahrestag an die Opfer erinnert wird, ist vor allem ein politischer Erfolg der Angehörigen und der Überlebenden, von migrantischen Organisationen und antirassistischen Initiativen. Durch die kontinuierliche Erinnerungsarbeit und die unermüdliche Aufklärung durch die Überlebenden, die Angehörigen der Ermordeten und die Initiative 19. Februar geht von Hanau dauerhaft das starke Signal aus, dass der rassistische Normalzustand in Teilen der Gesellschaft, in Institutionen aber auch in Parlamenten nicht mehr hingenommen wird.

Ein reiner Gedenktag-Antirassismus reicht nicht aus. Es sind solche Debatten, die ein rassistisches Klima immer wieder herstellen und einen Nährboden für potentiell tödliche rechte politische Gewalt schaffen.

Wir stehen an der Seite all derjenigen, die tagtäglich für die universelle Gleichheit aller Menschen eintreten.

#ErinnernHeißtVerändern

Rassistische und autoritäre Ideologie fällt dann auf einen fruchtbaren Boden, wenn eine Gesellschaft sozial gespalten ist. Der neoliberale Umbau von Gesellschaft und Ökonomie in den letzten Jahrzehnten hat tiefe Spuren hinterlassen. Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist sozial tief gespalten. Strukturelle rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und im Alltag verkoppelt sich mit dieser sozialen Spaltung. Viele Milieus sind mehr und mehr von Konkurrenzdenken sowie besitzstandswahrendem Individualismus dominiert. Eine aggressive Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschengruppen verdrängt die Ideen von Gleichheit und Solidarität.

Die erfolgreiche Bekämpfung des Rassismus kann deshalb nur gelingen, wenn Sozialstaatlichkeit ausgebaut wird, wenn es gelingt eine gerechtere Wirtschafts- und Steuerpolitik durchzusetzen und wenn eine Vertiefung von Demokratie auf allen staatlichen Ebenen, in Wirtschaft und der Gesellschaft erreicht wird.

#Gerechtigkeit

Aus dem unmittelbaren Anschlagsgeschehen in Hanau und dem darauf erfolgten Handeln von Polizei und anderen staatlichen Behörden ziehen wir die folgenden politischen Konsequenzen:

Anders als nach den Morden des NSU wurde Rassismus auch von Regierungsvertreter:innen von Bund und Land als Tatmotiv unmittelbar nach dem Anschlag benannt und hochrangig besetzte Gedenkveranstaltungen organisiert. Aber: Erinnern muss zu Veränderungen führen. Stattdessen steht der dritte Jahrestag im Schatten der jüngsten rassistischen Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Merz und Aussagen der Innenminister Faeser zu angeblichen „Integrationsverweigerern“ nach der Berliner Silvesternacht.

Zu Recht gilt in der Öffentlichkeit der Polizeieinsatz in Hanau als Desaster. Es gab Organisationsversagen wie beim nicht-funktionierenden Notruf, taktische Einsatzfehler und eine Täter-Opfer-Umkehr als die Angehörigen und Überlebenden mit ‚Gefährderansprachen‘ konfrontiert wurden, als der Vater des Täters, der die Ideologischen Positionen des Sohnes teilt, wieder nach Hanau zurückkehrte. In vielen Fällen trug das Handeln der Polizei zur weiteren Traumatisierung von

Angehörigen und Überlebenden bei. Anstatt eine ‚neue Fehlerkultur‘ zu praktizieren haben der hessische Innenminister Beuth (CDU) und seine Polizeiführung versucht Fehler und Organisationsversagen zu verschweigen und systematisch abzustreiten. Eine eigenständige transparente Aufklärung seitens der schwarz-grünen Landesregierung und ihrer Behörden hat schlicht nicht stattgefunden. Der Anschein eines unfehlbaren Polizeiapparats hat einen höheren Stellenwert, als Aufklärung und Opferschutz.

- ➔ Wir setzen uns für eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle ein, die Polizeiversagen untersuchen kann und die zudem Rassismus und rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden effektiv bekämpft.
- ➔ Den Rechten und Anliegen von Opfern von rechter Gewalt und Terroranschlägen muss höchste Priorität eingeräumt werden; Opferschutz muss auf allen Ebenen verankert werden.

Als Mitglied in einem Schützenverein verfügte der Täter von Hanau über legale Waffen; ebenso setzte der rechte Attentäter von Wächtersbach (2019) eine legale Schusswaffe ein; legalen Waffenbesitz gab es im unmittelbaren Umfeld des Lübcke-Mörders; zudem gab es bei den im Dezember aufgedeckten Putschplänen von Reichsbürger:innen, deren Kopf in Frankfurt saß, vielfältige Bezüge zu legalem Waffenbesitz. Auch wenn illegale Waffen ein großes Problem sind, stellen die Infrastrukturen des legalen Waffenbesitzes – von Schützenvereinen, über Waffenläden und (quasi-militärische) Schießtrainings – ein zu hohes Gefahrenpotential dar.

- ➔ Wir wollen die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen in der Gesellschaft substantiell reduzieren. Dazu gehört die vollständige Umstellung auf nichttödliche Schusswaffen im Bereich des (Sport-)Schützenwesens.

Aus dem Erinnern müssen politische Konsequenzen folgen. Dafür braucht es den gemeinsamen Druck von Vielen aus der Gesellschaft. #unteilbar

**Lise Kula**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

**Jan Schalauske**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

**Saadet Sönmez**, Obfrau für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag im  
Untersuchungsausschuss Hanau

Wiesbaden, Februar 2023